

den muss. Das sei Ihnen überlassen, aber das erschließt sich mir nicht ganz. Aber so ist halt die Koalitionsdisziplin.

(Beifall des fraktionslosen Abgeordneten Schulze)

Herr Jung, ich habe mich sogar gefreut, von Ihnen zu hören, dass die AfD einige unserer Forderungen teilen kann. Sieh an! Ich hätte es dann allerdings schön gefunden, wenn Sie nicht in Ihrem Beitrag auf die Sozialneiddebatte gekommen wären und wieder Abschiebung, Abschiebung, Abschiebung gefordert hätten, wohl wissend, dass wir steigende Anerkennungszahlen haben und dass bei vielen Flüchtlingen und Asylbewerbern ...

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Frau Kollegin, auch wenn Ihr Beitrag Zuspruch findet, die Redezeit ist eine Minute überzogen.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

- Ich bin sofort fertig.

... Abschiebehindernisse bestehen. Deswegen haben diese Menschen eine Duldung. Wir können auch keine Flüchtlinge in Ebola-Gebiete abschieben, auch wenn für diese Gebiete kein offizieller Abschiebestopp erlassen ist.

(Beifall B90/GRÜNE und des fraktionslosen Abgeordneten Schulze)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke schön. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das Ende der Debatte erreicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Flüchtlinge und Asylsuchende nicht am Stadtrand isolieren, sondern in unsere Kommunen integrieren -, Drucksache 6/95, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt nicht für diesen Antrag? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen und zahlreichen Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen mit dem Titel „Der humanitären Verantwortung gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden gerecht werden - die Unterbringung menschenwürdig gestalten!“, Drucksache 6/145, auf. Ich darf fragen: Wer stimmt für diesen Antrag? - Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Gibt es Enthaltungen? - Ich stelle fest: Der Antrag ist mit einer breiten Mehrheit angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Das „Europäische Jahr der Entwicklung 2015“ - Auch in Brandenburg zur Entwicklungspolitik informieren, das Bewusstsein stärken und zum Mitgestalten anregen

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 6/100

Das Wort erhält die Abgeordnete Barbara Richstein von der Fraktion der CDU.

Frau Richstein (CDU): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesrepublik Deutschland bekämpft zusammen mit der internationalen Staatengemeinschaft weltweit Armut. Sie kämpft für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, für eine faire Gestaltung der Globalisierung und für den Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.

Eines der wichtigsten Instrumente, um diese Ziele zu erreichen, ist die Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist ein Gebot der Menschlichkeit und sie ist ein Gebot der Vernunft, denn sie sichert die Zukunft der Menschen in den Entwicklungsländern und damit auch unsere eigene Zukunft.

Armut bekämpfen, Hunger und Krankheit besiegen, Bildung schaffen, Demokratie und Frieden fördern, Menschenrechte und Chancengleichheit verwirklichen, Umwelt und Ressourcen bewahren, das sind die acht Ziele, die sich die Staats- und Regierungschefs aus 189 Ländern in der Millenniums-Erklärung vor 14 Jahren gesetzt haben. Sie einte die Vorstellung einer Welt ohne Armut und ohne Angst vor Verfolgung, um das Leben vieler Millionen Menschen in der ganzen Welt zu verbessern.

All dies sind Ziele, die eine gute Entwicklungszusammenarbeit zu einem elementaren Punkt politischen Handelns in allen Feldern machen. Entwicklungspolitik wird in der Bevölkerung heute schon erfreulicherweise stärker wahrgenommen als früher - auch in Brandenburg.

Meine Damen und Herren! Jede Veränderung beginnt vor der eigenen Haustür oder im eigenen Kopf. Daher ist auch die Arbeit bei uns hier im Land für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit wichtig. Als Brandenburger Politiker sollten wir unsere Verantwortung in der Welt wahrnehmen und auch zu Hause dazu beitragen, dass zu Entwicklungspolitik informiert, das Bewusstsein dafür gestärkt und zur Mitgestaltung angeregt wird.

(Beifall CDU)

Wir tragen die Verantwortung, die Querverbindung zwischen regionaler und internationaler Politik den Bürgerinnen und Bürgern überzeugend darzustellen und den Zusammenhang zu erklären.

Meine Damen und Herren! Im nächsten Jahr - im 15. Jahr nach der Verabschiedung der Millenniums-Erklärung - begeht Europa das Europäische Jahr der Entwicklung. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass sich die Landesregierung aktiv und vor allen Dingen ressortübergreifend in die Vorbereitung und Umsetzung des Europäischen Jahres der Entwicklung 2015 einbringt. Gerade jetzt, zu diesem Zeitpunkt, wo wir über diesen Antrag debattieren, trifft sich eine Vorbereitungsgruppe von Nichtregierungsorganisationen von lokalen und regionalen Partnern - auch grenzüberschreitend nach Polen - in Frankfurt (Oder) zur Gestaltung des Europäischen Jahres der Entwicklung. Eigentlich sollte auch ein Mitarbeiter - in Worten: ein Mitarbeiter - der Landesregierung dabei sein. Dieser Mitarbeiter, so wurde mir gesagt, darf heute stattdessen unserer Debatte beiwohnen. Es zeigt aber, dass es eben nur ein Mitarbeiter hätte sein sollen.

Ich finde das Engagement der Nichtregierungsorganisationen bemerkenswert und ziehe meinen Hut. Ich finde die Idee übrigens sehr toll, unsere polnischen Partner einzubeziehen und die unterschiedlichen Ebenen zu vernetzen. Es kann aber nicht sein, dass die inhaltliche Ausgestaltung seitens der Politik von wenigen - und eben nicht ressortübergreifend - geschultert werden muss.

Die Landesregierung ist in Gänze aufgefordert, die Umsetzung des nationalen Arbeitsprogramms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu unterstützen und sich in die geplanten Bürgerdialoge sowie die Auftakt- und Abschlussveranstaltung einzubringen. Zudem sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Initiativen zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 in Brandenburg nachhaltig Impulse setzen und die Auseinandersetzung mit der Entwicklungspolitik der Europäischen Union in Brandenburg verstetigt wird.

Meine Damen und Herren, auch als Landtag sollten wir das Engagement aller Akteure in Brandenburg, die sich für das Gelingen des Europäischen Jahres der Entwicklung in Brandenburg einsetzen, begrüßen und unterstützen. Wir können auch mehr tun. So habe ich bei der Landtagspräsidentin angeregt, Ende Juli 2015 einen Gesprächswunsch der panafrikanischen Frauenbewegung PAWLO anzunehmen. Wenn daraus eine Veranstaltung wird, in der verschiedene Vereine zur afrikanischen Entwicklungszusammenarbeit hier im Landtag zusammenkommen, ist das umso besser.

Gerade diese vielen kleinen Initiativen, die es landauf, landab gibt, sind wichtig. Sie sind wichtig, um die Entwicklungszusammenarbeit in Brandenburg erfahrbar zu machen und das Bewusstsein dafür zu stärken.

Wir alle wollen in einer Welt leben, in der Armut und Hunger der Vergangenheit angehören, in der wir in Freiheit und Demokratie leben. Daher sollten wir hier bei uns anfangen und dieses Engagement unterstützen. Ich bitte Sie um Unterstützung unseres Antrags. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke. - Das Wort erhält für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Frau Dr. Münch.

Frau Dr. Münch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Richstein, ich bin Ihnen für diesen Antrag dankbar, denn das Europäische Jahr der Entwicklung ist wirklich eine große Chance für uns und die Bevölkerung im Land Brandenburg und vor allen Dingen für Europa. Es ist ein Europäisches Jahr. Es bietet die Möglichkeit, dass wir in Europa gemeinsam darüber nachdenken, welche internationalen Ziele Entwicklungsarbeit langfristig erreichen kann und soll.

Das Europäische Jahr der Entwicklung kann viel dazu beitragen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger mehr über Entwicklungszusammenarbeit in Europa und den Mitgliedsstaaten erfahren, dass sie ihr Bewusstsein für die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit stärken und auch mehr über die Zu-

stände und Bedingungen in anderen Ländern erfahren. Diese Chance müssen wir unbedingt nutzen.

Wir haben gerade über Asylbewerber, deren Unterbringung und die großen Herausforderungen debattiert. Es ist ganz wichtig, dass unsere Bürgerinnen und Bürger auch mehr über die Bedingungen in den Ländern erfahren, in denen Krisen und Kriege herrschen, und dass wir uns unserer Verantwortung für die eine Welt, in der wir nun einmal leben, bewusst werden. Die Verantwortung wird uns gerade in Brandenburg auch dadurch bewusst, dass immer mehr Menschen aus Krisen- und Kriegsregionen fliehen müssen, da sie um ihr Leben fürchten und deshalb auch bei uns Zuflucht suchen. Wir stehen in der Verantwortung, diesen Menschen zu helfen. Wir sollten dieses Jahr nutzen, hier intensiv miteinander zu arbeiten und aufzuklären.

Es ist auch gut, wenn wir uns stärker mit den Bedingungen befassen, die in den Ländern herrschen. Denn Wissen - auch meine Damen und Herren von der AfD - schützt vor Populismus und schützt vor falschen Schlussfolgerungen und davor, vorschnell Emotionen zu schüren. Wissen ist hier die ganz entscheidende Voraussetzung, mit den Flüchtlingen gut umgehen zu können.

Wir können hier in Brandenburg auf eine gute und wichtige Tradition zurückblicken. Seit 1990 haben sich viele Menschen ehrenamtlich für eine nachhaltige Entwicklungspolitik eingesetzt. Es gibt eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ich denke da an VENROB oder auch an die BREBIT, die vor wenigen Tagen eröffnet wurde, oder auch an die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung, die auch fortgeschrieben werden müssen.

Die breite gesellschaftliche Beteiligung - Sie hatten gerade die Nichtregierungsorganisationen angesprochen - hat sich bewährt. Der Round Table Entwicklungspolitik hat sich mit dem Europäischen Jahr für Entwicklung intensiv auseinandergesetzt. Wir können deshalb auf gute Erfahrungen aufbauen.

Wichtig ist es natürlich, dass wir bei der Gestaltung und Umsetzung Bund, Länder und Zivilgesellschaft in ein Boot bekommen, denn es kann hier keine Entwicklung nur von oben herab geben, sondern es muss eine Initiative sein, die von allen Ebenen getragen wird. Selbstverständlich hat der Bund hier eine besondere Verantwortung, und ich erwarte auch, dass der Bund ein entsprechendes Programm zur Umsetzung dieses Europäischen Jahres auflegt.

Wir sollten über diese und andere Anregungen im Fachausschuss weiter beraten. Dazu gehört beispielsweise: Welche landespolitischen Schwerpunkte wollen wir konkret setzen? An welche Programme können wir anknüpfen? Ich denke hier vor allen Dingen an das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Und: Wie gelingt es uns weiterhin und besser, die zivilgesellschaftlichen Akteure einzubinden? Wie ist beispielsweise - auch darauf hatten Sie hingewiesen - die Programmgestaltung in der Zusammenarbeit mit der polnischen Seite? Wie können wir hier die polnischen Freunde einbinden?

Uns sollte es darum gehen, hier einen guten und sinnvollen Beitrag für das Jahr der europäischen Entwicklung zu leisten. Sie haben mehrfach angemerkt, Frau Richstein, wir sollten